

Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik

Schule, Ausbildung, Ökonomie im Stadtteil fördern die Integration

Das Projekt „Zuwanderer in der Stadt“ hat „Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik“ erarbeitet, die im Februar 2005 in Berlin veröffentlicht wurden (April-Ausgabe der DW). In einer 3-teiligen Serie werden die für Wohnungswirtschaft und Kommunen erarbeiteten „Empfehlungen“ näher vorgestellt. Lesen Sie in dieser Ausgabe: Schule, Ausbildung, Ökonomie im Stadtteil fördern die Integration in Quartieren.

In Sprachförderung, Bildung und berufliche Orientierung investieren

Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien bilden in wenigen Jahren in deutschen Großstädten die Mehrheit ihrer Bevölkerungsgruppe. In einigen Quartieren ist dies bereits heute der Fall. Mehr als die Hälfte der im Jahr 2004 Neugeborenen in Frankfurt am Main hat Eltern, bei denen wenigstens ein Teil ausländischer Staatsbürgerschaft ist. Die Zukunft der Städte hängt maßgeblich davon ab, wie auf diese Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur eingegangen wird. Für die zunehmende Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund und ihre Familien gewinnt der Stadtteil und das Wohnquartier an Bedeutung für ihre Integration: Hier leben sie und verbringen einen Großteil ihrer Zeit. Die Sozialisation und die Lebensgestaltung findet vor allem in diesem räumlichen Umfeld statt. Die PISA-Studien haben gezeigt, dass in Deutschland der soziale Status direkt auf die Qualität des Bildungsweges durchschlägt, wobei Kinder aus Zuwandererfamilien am unteren Ende der Qualifikationsleiter stehen. Die Bildungsverlierer von heute sind aber die Modernisierungsverlierer von morgen. Um diese Negativspirale zu unterbrechen, müssen schulische und berufliche Bildung gestärkt werden. Verbesserungsmaßnahmen müssen dabei im Stadtteil selbst ansetzen.

Sprache ist der Schlüssel zur Integration

Für Kinder mit Deutsch-Defiziten sollte vorschulischer Sprachunterricht flächendeckend zur Verpflichtung werden, um so eine einheitliche und unverzichtbare Bildungsgrundlage zu schaffen. Noch ist die Segregation der Schulbevölkerung durchweg deutlich höher als die Segregation der Wohnbevölkerung – eine Konsequenz der schlechten sprachlichen Fähigkeiten vieler Kinder, die Familien zum Wegzug bewegt.

Vorschulen und Ganztagschulen im Quartier können Chancen für Kinder mit Migrationshintergrund aus bildungsfernen Familien eröffnen und darüber hinaus sogar zu einer Imageverbesserung eines Stadtteils beitragen. Gelingen ist dies beispielsweise der Spreewald-Grundschule in Berlin-Schöneberg. Nachdem die Schule zu einer gebundenen (d. h. verpflichtenden) Ganztagschule ausgebaut wurde, die mit Sporthalle, Schul-Café und Freilandlabor viele attraktive Angebote bereithält und darüber hinaus als theaterbetonte Schule der Sprach- und Ausdrucksentwicklung der Kinder hohe Aufmerksamkeit schenkt, steigt der Anteil muttersprachlich deutscher Schulkinder wieder signifikant an (www.spreewald-grundschule.de).

Bildung ist der Fahrstuhl nach oben

Von zentraler Bedeutung ist ferner die Aufwertung der Quartiere durch anspruchsvolle weiterführende Schulen. Verfügt das Quartier „nur“ über eine Hauptschule, müssen bildungs- und aufstiegsorientierte deutsche wie auch zugewanderte Eltern einen anderen Stadtteil mit besseren Bildungsangeboten wählen. Dem Stadtteil gehen damit wichtige Vorbilder und potenzielle Akteure für Quartiersstabilisierung und -aufwertung verloren. Vielerorts ehrenamtlich erbrachte unterstützende Leistungen wie Hausaufgabenhilfe, Nachhilfegruppen oder Computerkurse können gefördert werden, indem ihnen Räume in Wohnanlagen zur Verfügung gestellt werden; dies geschieht z. B. in Wohnanlagen, in denen PAREA aktiv ist (www.parea.de). Die Schule vor Ort – ohnehin eine feste Größe im Leben von Familien – bietet sich auch an, um über die Vermittlung formaler Bildungs-



Kinder aus Zuwandererfamilien stellen in vielen Großstädten bald die Mehrheit in ihrer Bevölkerungsgruppe

Foto: Schader-Stiftung

inhalte hinaus die Integration zu fördern. Als Stadtteilschule und „Bürgerzentrum“ öffnet sie sich für Informationsveranstaltungen und soziale Dienstleistungen auch für Erwachsene. Indem Maßnahmen der Erwachsenenbildung dort angeboten werden, können z. B. die Kontakte zwischen Schule und Elternhaus verbessert und Schwellenängste der Eltern gegenüber Bildungseinrichtungen verringert werden. Diesen Effekt machen sich mittlerweile viele „Mama lernt Deutsch“-Angebote im Rahmen der „Sozialen Stadt“ zunutze. Um den Übergang von der Schule in den Beruf zu verbessern und die berufliche Orientierung der Schüler zu fördern, die gerade bei Zuwandererkindern oft auf wenige Berufsfelder beschränkt ist, bietet sich die Kooperation mit Externen an, mittels Praxis-Klassen, Praktika u. Ä. Dass hier auch Wohnungsunternehmen erfolgreich aktiv werden können, zeigt das Beispiel der GESOBAU AG, die mit der Bettinavon-Amim-Oberschule in Berlin einen Kooperationsvertrag abgeschlossen hat. Die GESOBAU

stellt Praktikumsplätze zur Verfügung, bietet Bewerbungstrainings an, vermittelt Kontakte zu Azubis und Auszubildenden und gewährt Einblicke in das Arbeitsfeld von Mieterbetreuern oder Hausmanagern. (www.gesobau.de)

Bedeutung der Migranten-Ökonomie und lokalen Ökonomie wächst

Für die Stabilisierung von Quartieren gewinnt die Migranten-Ökonomie wachsende Bedeutung. Immer öfter wird die Nahversorgung nicht mehr über „Tante Emma“, sondern über „Onkel Ali“ sichergestellt. Die oft zeitintensiv unter Mithilfe der Familie bewirtschafteten kleinen Läden schlagen, wenn sie von vielen Bewohnergruppen frequentiert werden, Brücken zwischen Zuwanderern und Einheimischen und bieten Treffpunkte im Quartier. Unter heute wirtschaftlich schwierigen Bedingungen zeigen Zuwanderer eine höhere Bereitschaft, das Risiko der Selbstständigkeit einzugehen, als Deutsche und holen daher bei der Selbstständigengquote immer mehr auf: Seit 1975 ist die Selbstständigengquote der ausländischen Erwerbsbevölkerung von 2,6 % auf 6,1 % in 1985 und nach einer Phase der Stagnation auf 9,6 % in 2003 gestiegen. Sie liegt nur noch 0,8 Prozentpunkte unter der Selbstständigengquote der Deutschen. Der Gesamtumsatz der ethnischen Ökonomie wird bereits auf rd. 44 Mrd. Euro beziffert und schätzungsweise 600.000 Personen finden Beschäftigung in Unternehmen der ethnischen Ökonomie. Diese Unternehmen konzentrieren sich vor allem in Stadtteilen mit hohen Zuwandereranteilen in Kernstädten oder hochverdichteten Kreisen der Agglomerationsräume. Die meisten Unternehmen finden sich in den Bereichen Gastronomie und Einzelhandel. Höhere Dienstleistungen und Handwerk holen in der Gründungsrangliste erst langsam auf.

Gesellschaftliche Leistung der ethnischen Ökonomie nicht unterschätzen

Potenziale der ethnischen Ökonomie sind in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht auszuschöpfen. Angeraten ist eine Verankerung dieses Sektors in der kommunalen Wirtschaftsförderung, verbunden mit gezielten Maßnahmen, wie sie auch für andere Gründergruppen existieren; z. B. für Frauen. Die Beschäftigtenzahlen in den (zumeist sehr kleinen) Betrieben könnten gesteigert werden, wenn solche Betriebe vermehrt ausbilden würden bzw. vermehrt ausbildungsberechtigt wären. Dafür bieten sich Ausbildungsverbünde an, mit denen z. B. die Stadt Nürnberg gute Erfahrungen gemacht hat. Unter sozialen Aspekten bilden ethnische Ökonomien gerade für neu Zugewanderte ein „Stück Heimat“, das den Einstieg ins Aufnahmeland erleichtert, denn die Betriebe bieten mit der Erfüllung vertrauter Konsumgewohn-

Kleinere Geschäfte im Lebensmitteleinzelhandel und für einfache Dienstleistungen: Neben der Gastronomie dominieren sie in der Migranten-Ökonomie

heiten und als Anlaufstelle von Landsleuten emotionalen Rückhalt. Darüber hinaus eröffnen sie häufig die ersten Verdienst- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

Arbeitsplätze im Quartier schaffen

Quartiersbezogene Beschäftigungspolitik im großen Stil wird auch künftig weder sinnvoll noch machbar sein. Allerdings sollten für Gruppen, die nur schwer in den ersten Arbeitsmarkt vermittelbar sind, wie z. B. niedrig qualifizierte Zuwanderer, Maßnahmen angeboten werden, die Beschäftigung bieten und darüber hinaus Qualifikationen erweitern. Ein positives, mit dem „Preis Soziale Stadt 2004“ ausgezeichnetes Beispiel dafür ist die „Bauhütte Nordostbahnhof“ in Nürnberg. Im betroffenen Siedlungsgebiet ist die Arbeitslosenrate doppelt so hoch wie in der Stadt Nürnberg. 80 % der Schüler haben einen Migrationshintergrund, ebenfalls 80 % besitzen keinen Hauptschulabschluss. Arbeitsplätze vor Ort gibt es nicht, die Nahversorgung war nach



Schließung des letzten Ladens nicht mehr gegeben. Unter diesen Bedingungen wurde das lokale Beschäftigungs- und Qualifizierungsprojekt mit Qualifizierungsbüro, Tante-Emma-Laden und Nachbarschaftswerkstatt initiiert, das auf langfristige und (auch finanziell) selbsttragende Strukturen zielt. Ein Beispiel, das zur Nachahmung einlädt.

Dr. Kirsten Krüger-Conrad
Wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung,
Darmstadt

Literatur:
Schader-Stiftung, DST, GdW, Difu, InWIS (Hrsg.): *Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur städträumlichen Integrationspolitik. Darmstadt 2005*
Schader-Stiftung, DST, GdW, Difu, InWIS (Hrsg.): *Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt. Darmstadt 2005*
Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Holger Floeting, Bettina Reimann: *Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab. Darmstadt, Berlin 2005*

